expertenReport



Quelle: KI- generierte Illustration

Deutschlands Wirtschaft zeigt Lebenszeichen – die Inflation auch

Ute Pappelbaum

Die deutsche Wirtschaft erholt sich langsam, und die Bundesbank erwartet für das Schlussquartal 2026 eine weitere Belebung. Doch der Aufschwung bleibt anfällig. Während Dienstleistungen, Konsum und einzelne Industriezweige wieder wachsen, droht zum Jahreswechsel ein neuer Inflationsschub. Die höheren Energiepreise und steigenden Zinsen könnten ausgerechnet jene Erholung bremsen, die sich nach langer Schwäche abzeichnet.

Ein kleines Plus mit großer Bedeutung

Die deutsche Wirtschaft kommt wieder in Bewegung. Im dritten Quartal 2026 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Das klingt bescheiden, ist nach der langen wirtschaftlichen Schwäche allerdings ein ermutigendes Signal.

Im November-Monatsbericht stellt die Deutsche Bundesbank fest, dass sich die Konjunktur robuster entwickelt habe als erwartet. Für das vierte Quartal rechnen die Volkswirte sogar mit einem stärkeren Wachstum.

Unterstützung kommt von einer Weltwirtschaft, die trotz geopolitischer Spannungen weiter expandiert. Besonders die USA zeigen sich wachstumsstark, während sich die Konjunktur in China leicht belebt hat. Auch der Euroraum konnte seine Wirtschaftsleistung im Sommer steigern.

Ein wesentlicher Treiber ist der internationale Investitionsboom rund um künstliche Intelligenz. Die Nachfrage nach Halbleitern, elektronischen Bauteilen und Datenverarbeitungstechnik belebt den Welthandel. Davon profitieren inzwischen auch deutsche Hersteller elektrischer und elektronischer Ausrüstungen.

Die Industrie bleibt das Sorgenkind

Von einem breit getragenen Aufschwung kann dennoch keine Rede sein. Die deutsche Industrieproduktion ging im dritten Quartal zurück, ebenso die preisbereinigten Umsätze. Besonders die Chemieindustrie litt unter hohen Kosten und erschwerten Transportbedingungen.

Auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bleibt gering. Viele Betriebe verfügen weiterhin über ungenutzte

Produktionskapazitäten. Solange diese nicht ausgelastet sind, besteht wenig Anlass, zusätzliche Anlagen oder Maschinen anzuschaffen.

Hinzu kommt die schwache Kreditnachfrage. Die Bundesbank beobachtet erneut rückläufige Unternehmenskredite und eine restriktivere Kreditvergabepolitik der Banken. Die wirtschaftliche Erholung ist damit noch nicht im klassischen Firmenkundengeschäft angekommen.

Besser sieht es bei einzelnen technologieorientierten Branchen und bei Unternehmen aus, die von staatlichen Verteidigungs- und Infrastrukturaufträgen profitieren. Im Wohnungsbau hingegen belasten höhere Finanzierungskosten weiterhin die Nachfrage.

Die Inflation könnte den Aufschwung einholen

Die größte Gefahr für die beginnende Erholung liegt in der Preisentwicklung. Im dritten Quartal erreichte die deutsche Inflationsrate 3,0 Prozent, nachdem sie im Frühjahr noch bei 2,6 Prozent gelegen hatte. Im Oktober sank sie leicht auf 2,9 Prozent.

Für Anfang 2027 erwartet die Bundesbank allerdings einen kräftigen Anstieg.

Dafür nennt sie mehrere Ursachen. Der befristete Tankrabatt läuft aus, weitere staatliche Maßnahmen verteuern bestimmte Güter und Dienstleistungen. Allein diese Effekte könnten die Inflationsrate um etwa einen halben Prozentpunkt erhöhen.

Hinzu kommen erwartete Anhebungen der Gastarife und die verzögerte Weitergabe gestiegener Energie- und Produktionskosten an die Verbraucher.

Der Konflikt im Nahen Osten verschärft die Situation. Angriffe auf Energieanlagen und den Schiffsverkehr haben die Versorgung aus der Golfregion beeinträchtigt. Im September und Oktober kostete ein Barrel Brent-Rohöl durchschnittlich knapp 120 US-Dollar. Das waren rund 30 Prozent mehr als im August.

Zwar gaben die Energiepreise im November wieder nach, sie liegen nach Einschätzung der Bundesbank aber weiterhin deutlich über dem Niveau vor Kriegsbeginn.

Für die Verbraucher bedeutet das, dass ein Teil der möglichen Einkommenszuwächse erneut durch höhere Lebenshaltungskosten aufgezehrt werden könnte.

Höhere Zinsen verändern die Rechnung

Der Inflationsdruck hat längst die Kapitalmärkte erreicht. Seit Ende Juni sind die Renditen langfristiger Staatsanleihen in Europa und den USA deutlich gestiegen. Im September erhöhte die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen um 25 Basispunkte, im Oktober ließ sie diese unverändert.

Die Finanzmärkte rechnen inzwischen auch für die kommenden Monate mit einer strafferen Geldpolitik als noch zur Jahresmitte.

Für Banken und Versicherer ist diese Entwicklung widersprüchlich. Höhere Zinsen können die laufenden Kapitalanlageerträge verbessern, zugleich aber die Marktwerte bestehender festverzinslicher Wertpapiere belasten. Für Lebensversicherer hängt die Wirkung wesentlich von Laufzeiten, Bestandsstruktur und Wiederanlagebedarf ab.

Steigende Finanzierungskosten erschweren unterdessen Investitionen und Immobilienkäufe. Für Sachversicherer bleiben die höheren Material-, Energie- und Baukosten relevant, weil sie Reparaturen und Wiederherstellungen verteuern können.

Die Inflation wirkt damit weit über die privaten Haushaltsbudgets hinaus.

Der Arbeitsmarkt sendet erste vorsichtige Signale

Immerhin gibt es auch vom Arbeitsmarkt Anzeichen einer Stabilisierung. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelte sich zuletzt weitgehend stabil, während die Arbeitslosigkeit nur noch geringfügig zunahm. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,4 Prozent.

Die Bundesbank sieht erste Hinweise darauf, dass sich der Beschäftigungsrückgang in den kommenden Monaten verlangsamen könnte.

Von einer deutlichen Erholung ist der Arbeitsmarkt allerdings noch entfernt. Auch die Lohnentwicklung liefert bislang keinen Hinweis auf eine neue Lohn-Preis-Spirale. Die Tarifverdienste stiegen im dritten Quartal um 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Effektivverdienste nahmen stärker zu, teilweise aufgrund von Sonderzahlungen.

Wachstum auf Kredit

Ein weiterer Teil des wirtschaftlichen Auftriebs geht auf die expansive Finanzpolitik zurück. Zusätzliche Staatsausgaben für Verteidigung und Infrastruktur stützen die Nachfrage. Allerdings steigen damit auch die öffentlichen Defizite.

Die Bundesbank hält für 2026 eine gesamtstaatliche Defizitquote von rund vier Prozent für möglich und erwartet 2027 einen weiteren Anstieg. Sie kritisiert insbesondere, dass die erweiterten Kreditspielräume des Bundes nicht ausschließlich für zusätzliche Verteidigungs- und Infrastrukturinvestitionen genutzt werden.

Das wirft eine grundsätzliche Frage auf: Wie dauerhaft ist ein Aufschwung, der wesentlich durch staatliche Ausgaben gestützt wird, während private Unternehmen bei Investitionen zurückhaltend bleiben?

Die deutsche Wirtschaft hat sich aus ihrer Stagnation herausbewegt. Ob daraus eine tragfähige Erholung entsteht, hängt nun auch davon ab, ob sich die Industrie stabilisiert, die Unternehmen wieder investieren und die Inflation den privaten Konsum nicht erneut schwächt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht November 2026, veröffentlicht am 19. November 2026, insbesondere die Abschnitte „Deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik“, „Internationale Finanzmärkte“ und „Geldpolitik“.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4953234/deutsche-wirtschaft-wachstum-inflation-bundesbank-2026/